

MÖRIKEN-WILDEGG

## Ist das Projekt «ARA Seetal» gefährdet? Diskussion um Ökoflächen erhitzt die Gemüter

Das Projekt «ARA Seetal» sorgt für Gesprächsstoff im Grossen Rat. Konkret: die ökologischen Ersatz- und Ausgleichsmassnahmen. Harsche Kritik kommt von SVP, FDP und Mitte.

Michael Hunziker

08.11.2023, 17.55 Uhr



Geplant ist, die heutige ARA Langmatt zur ARA Seetal auszubauen.

Bild: Chris Iseli

Eine grosse Abwasserreinigungsanlage (ARA) statt viele kleine: Die kantonale Planung sieht eine Konzentration auf wenige Standorte vor – mit dem Ziel, optimale

Voraussetzungen für den Betrieb zu schaffen und die Umweltbelastung zu minimieren.

Vorgesehen sind drei ARA-Regionen: Klingnauer Stausee mit dem ARA-Standort Klingnau; Wynen-, Suhren und Uerkental mit dem Standort Aarau; Seetal mit dem Standort Möriken-Wildegg. An Letzterem ist ein Ausbau der bestehenden ARA Langmatt vorgesehen. Künftig übernimmt diese die Aufgaben der heutigen Anlagen von Hochdorf und Mosen im Luzernischen sowie von Seengen und Hendschiken.

Nicht die Anpassung des Richtplans hat diese Woche für Gesprächsstoff gesorgt im Grossen Rat. Die Zusammenlegung der Abwasserreinigungsanlage war unumstritten. Ganz anders aber die gesetzlich geforderten ökologischen Ersatz- und Ausgleichsmassnahmen, konkret: der Richtwert von 2,7 Hektaren. Harsche Kritik an dieser Grösse kam von SVP, FDP und Mitte.

Sie unterstützten den Minderheitsantrag der Kommission für Umwelt, Bau, Verkehr, Energie und Raumordnung (UBV), die ein Fragezeichen machte zu den Massnahmen, weil die ARA selbst schon umweltrelevante Verbesserungen erbringe. Im Wortlaut heisst es: «Die grosse ökologische Leistung der Abwasserreinigungsanlagen [...] kompensiert allfällige Kompensationsansprüche aus ökologischen Ersatz- und Ausgleichsmassnahmen nach Natur- und Heimatschutzgesetz, Baugesetz und Waldgesetz grösstmöglich.»

## **Frau Gemeindeammann setzt sich für absolutes Minimum ein**

Jeanine Glarner, FDP-Grossrätin und Frau Gemeindeammann von Möriken-Wildegg, erachtete eine mehrfache Flächenkompensation eines «abserbelnden» Waldstücks als unverhältnismässig. Sie fand klare Worte, sprach von einer «völlig absurden Massnahme», geschaffen von «Schreibtischtätern im Bundesamt für Umwelt». Die weiteren Bearbeitungsschritte – Nutzungsplanungs- und Baubewilligungsverfahren – würden zeigen, welche Fläche effektiv gebraucht werde, um den «Bestimmungen der Ökofreaks zu genügen», fuhr sie fort. Als Frau Gemeindeammann von Möriken-Wildegg setze sie sich für ein absolutes Minimum ein.

Pascal Furer (SVP, Staufen) sah es gleich: Sauberes Wasser habe einen ökologischen Wert, damit sei bereits ein Ausgleich geleistet.



Jeanine Glarner.  
Bild: Severin Bigler

### **Es besteht das Risiko einer Verzögerung**

Vehement dagegen hielt Gabi Lauper Richner (SP, Niederlenz), auch in ihrer Funktion als Vorsitzende Kerngruppe Regionalplanung beim Gemeindeverband Lebensraum Lenzburg Seetal (LLS). Zwar sei der Flächenbedarf der geplanten ARA Seetal auf das minimal Notwendige beschränkt worden. Trotzdem gehe bestes Landwirtschaftsland verloren, müsse Wald gerodet werden.

Der Minderheitsantrag der Kommission widerspreche dem geltenden Bundesgesetz, hielt Lauper fest. Eine Annahme berge das Risiko, dass die Richtplananpassung nicht genehmigungsfähig sei. «Dies führt zu einer zeitlichen Verzögerung und es besteht die Gefahr, dass das Grossprojekt nicht zustande kommt, weil sich das optimale Zeitfenster für eine finanziell attraktive Realisierung für die verschiedenen ARA-Gemeinden und Verbände schliesst.»



Daniel Mosimann.  
Bild: Severin Bigler

Dieser Aussage schloss sich ihr Parteikollege Daniel Mosimann an. Der Stadtammann von Lenzburg ist auch Präsident des Abwasserverbands Region Lenzburg, der die ARA Langmatt in Möriken-Wildegg betreibt. Der

Minderheitsantrag provoziere Beschwerden, gefährde das «Generationenprojekt ARA Seetal». Dieses könne nur weitergetrieben werden, wenn es nicht zum Spielball werde zwischen zwei politischen Lagern, hob Mosimann hervor. Das Realisierungszeitfenster sei sehr eng.

Den Minderheitsantrag hat der Grosse Rat schliesslich mit 76 zu 56 Stimmen angenommen, die Richtplananpassung mit 119 zu 10 Stimmen.